

**UMZUG**

Ernst Aumer verlagert seine Firma nach Wörth.

► SEITE 38

REGENSBURG
LANDKREIS

WWW.MITTELBAYERISCHE.DE

TRADITION
Ein Benefizkonzert in Köfering im Trachtengewand



► SEITE 35

FREITAG, 20. FEBRUAR 2015

RLISU

SEITE 41

Asyl: Halle wird nicht benötigt

PLAN Ursprünglich sollten im Notfall 200 Flüchtlinge in Regenstauf unterkommen.

VON PHILIPP SEITZ, MZ

REGENSTAUF. Unterkünfte im Landkreis Regensburg werden im Rahmen des Winternotfallplans Asyl bis auf weiteres nicht in Anspruch genommen. Darauf verständigten sich die Landräte und Regensburgs Oberbürgermeister bei einem Gespräch mit Regierungspräsident Axel Bartelt in Regensburg. Der Winternotfallplan Asyl bleibt aber weiter in Kraft.

Laut der Regierung der Oberpfalz gibt es noch keine Entwarnung: „Die Lage ist weiterhin angespannt“, sagte Pressesprecher Joseph Karl. Der Winternotfallplan umfasst eine Prioritätenliste, in der genau geregelt ist, welche Städte und Landkreise als erste Flüchtlinge aufnehmen. Ursprünglich war der Landkreis Regensburg als vierte Adresse an der Reihe. In Regenstauf hätten 200 Flüchtlinge übergangsweise untergebracht werden können. Eine ehemalige Lagerhalle der Firma Gienger wäre als mögliche Notunterkunft zur Verfügung gestanden. Anfang der Woche fand bereits eine Begehung der Halle statt, bestätigte Regenstaus Bürgermeister Siegfried Böhringer.

Bei dem Treffen mit dem Regierungspräsidenten wurde jetzt deutlich, dass die Städte Regensburg und Neumarkt vorbereitet sind und laut Regierung „schnell in die Bresche springen“ könnten. Wäre in Regensburg und dem Landkreis jeweils eine Notunterkunft bezogen worden, hätte es zu zeitlichen Überschneidungen bei den örtlichen Hilfsdiensten kommen können. „Das wollten wir vermeiden“, betonte Karl.

Der Zustrom aus dem Kosovo sei in den vergangenen Tagen geringer geworden. Dennoch beobachte die Regierung die Entwicklungen weiterhin aufmerksam. Der Landkreis Regensburg spielt in den Planungen aber vorerst keine Rolle. Regenstaus Bürgermeister Böhringer hatte am Mittwoch noch erklärt, dass die Marktgemeinde für den Ernstfall gerüstet sei. „Viele Ehrenamtliche stehen bereit und bieten ihre Hilfe an“, sagt der Bürgermeister. Auch das Landratsamt hatte sich bereits vorbereitet. Es seien vorsorglich bereits Pläne ausgearbeitet worden, sagt Pressesprecher Markus Roth gegenüber der MZ.

HEUTE

FÜR DEN NOTFALL

POLIZEI	110
FEUERWEHR/NOTARZT UND RETTUNGSDIENST	112
KRANKEN-	(0941) 19222
TRANSPORTE	(0941) 19777
GIFTNOTRUF NÜRNBERG	(09 11) 3 98 24 51

ÄRZTL. BEREITSCHAFTSDIENST:

Von heute, 18 Uhr, bis Montag, 8 Uhr, bei dringenden Krankheitsfällen unter Tel. 116 117 (bundesweit) erreichbar.

NOTDIENSTAPOTHEKEN:

► **Nördlicher und östlicher Landkreise:** Rathaus-Apotheke, Bernhardswald, Tel. (0 94 07) 81 11 18, Spitzweg-Apotheke, Teublitz, Tel. (0 94 71) 3 08 66 12 und Hof-Apotheke, Wörth/Donau, Tel. (0 94 82) 9 03 93.

► **Westlicher Landkreis:** Rathaus-Apotheke, Velburg, Tel. (0 91 82) 93 22 20) und Bernstein-Apotheke, Nittendorf, Tel. (0 94 04) 44 47.

► **Südlicher Landkreis:** Moritz-Apotheke, Neutraubling, Tel. (0 94 01) 9 30 30.

Bayernwerk: Störungsannahme: Tel. (09 41) 28 00 33 66.

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH

Integration, Pegida und die Meinungsfreiheit

Flüchtlingspolitik als Lackmuestest

ASYL Nur zehn EU-Staaten nehmen Verfolgte auf. Eine gerechtere Verteilung wird zum Prüfstein für Europa, findet Integrationsbeauftragter Martin Neumeyer.

VON MICHAEL JAUMANN, MZ

LUCKENPAINT. Sozusagen den Umweg über Mainburg nahm Martin Neumeyer, um zum brennenden Thema Asylpolitik zu kommen und zu zeigen, wie für ihn alles zusammenhängt. In Mainburg leben 18 Prozent Türken, berichtete der Abensberger bei der Aschermittwochveranstaltung der CSU in Luckenpaint. Von den Prozentzahlen her sei Mainburg damit die viertgrößte türkische Stadt Deutschlands. Integration sei somit nicht nur Thema von Großstädten, sondern auch eines auf dem Land. Dort, wo in Bayern das Katholische auf den Islam trifft. Religion sei aber Privatsache, betonte der Integrationsbeauftragte der Staatsregierung. Für ihn gehört nicht der Islam zu Deutschland, sehr wohl gehörten aber Moslems oder Juden dazu. „Wir integrieren keine Nationen und keine Religionen, sondern Menschen“, sagte Neumeyer.

Wo Menschen in Freiheit zusammenleben, müssten sie aber auch sagen können, was sie denken. Das sei keineswegs selbstverständlich. „Wir müssen den Wert erkennen von Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Religionsfreiheit“, betonte Neumeyer. Darum gehöre es sich im Umgang mit der Pegida-Bewegung auch nicht, die Menschen, die dort mitmarschierten und sich besorgt zeigten gegen eine vorgebliche Islamisierung, von vorne herein in die Ecke zu stellen. Jeder müsse die Freiheit besitzen, zu sagen, was er denkt.

Mehr Syrer aufnehmen

Und mit den Sorgen der Bürger hätten sich die Politiker auseinanderzusetzen und mit ihnen zu diskutieren. Über Flüchtlingspolitik zum Beispiel. 87 Prozent der Deutschen sagten „Ja“ zu Flüchtlingen, wenn sie wirklich verfolgt seien. Der aktuell aus wirtschaftlichen Gründen erfolgende Exo-



Integration ist auch ein Thema auf dem Land, sagte Martin Neumeyer bei seiner Rede im Schützenheim von Luckenpaint. Fotos: Jaumann

odus aus dem Kosovo schade hingegen vor allem den Syrern. Hier sprach sich der CSU-Landtagsabgeordnete für eine Erweiterung des Syrienprogramms aus. Auch wenn 75 Prozent der Syrern, die nicht in den Nachbarstaaten Unterschlupf gefunden haben, bereits von Deutschland aufgenommen wurden.

Überhaupt Deutschland: Von 28 EU-Staaten nehmen laut Neumeyer nur zehn Flüchtlinge auf. Und die Hälfte dieser Flüchtlinge kommt bisher in Deutschland und Schweden unter. Portugal habe gerade mal 165 Verfolgte aufgenommen – weniger als

der Landkreis Regensburg. „Das ist ungerecht“, sagte Neumeyer.

Die Politik geht neue Wege

Eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Staaten sei der „Lackmuestest“, der Prüfstein für Europa. Als Verteilungsschlüssel kämen Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl in Frage.

Warum lässt man Asylbewerber nicht arbeiten, warum wird im Kosovo nicht investiert, warum hat die Hilfe im Kosovo nicht gefruchtet, waren einige der Fragen, die Neumeyer im Anschluss gestellt wurden. Dem

KOMMENTAR

VON MICHAEL JAUMANN, MZ



Nachdenken

Nein, Draufhauen und einfache Antworten gehören nicht zum Repertoire von Martin Neumeyer, wenn es um die Themen Asyl und Integration geht: Wirtschaftsflüchtlinge aus dem Kosovo? Wir können nicht die Probleme des Balkans lösen. Aber auch wir würden dort abhauen. Abgelehnte Flüchtlinge abschieben? Klar, aber das sind keine Fälle, sondern Menschen mit Augen, Armen und Beinen. Wie viele Flüchtlinge verträgt Deutschland? Wir könnten noch mehr aufnehmen, aber die Verteilung auf die EU-Länder ist ungerecht. Deutsch für Asylbewerber? Die müssen sich hier zurechtfinden. Auch wenn Integration nur anerkannten Verfolgten zusteht.

Die Flüchtlingspolitik kennt keinen Königsweg, was richtig ist und was falsch. Kein Schwarz und kein Weiß, sondern nur Grau. Man muss aber über seine Meinung reden dürfen, fordert Neumeyer. Und als Politiker überzeugen. Zur Not diskutiere er auch fünf Stunden, sagte er in Luckenpaint. So lange hat er nun nicht gesprochen. Seine Zuhörer hat er dennoch nachdenklich gemacht.

rohstoffarmen Kosovo sei versucht worden, zu helfen, vielleicht seien aber falsche Wege gegangen worden. Asylbewerber dürften jetzt nach drei Monaten eine Stelle annehmen, wenn es keinen deutschen Bewerber gebe und ihnen würden nun grundlegende Deutschkenntnisse vermittelt, auch wenn Integrationsleistungen nur anerkannten Flüchtlingen zustünden. Hier habe die Politik ihre Haltung grundlegend geändert. „Es gibt kein Schwarz und kein Weiß. Bei diesem Thema ist alles Grau“, bekannte Neumeyer auf die Fragen nach dem richtigen Weg in der Asylpolitik.

ERWARTUNGEN



► **Hans Folger** ist ein Fan der Aschermittwochtradition in Luckenpaint. Von Martin Neumeyer erhoffte er sich klare Aussagen zur Asylpolitik und zur Abgrenzung von Wirtschaftsflüchtlingen.



► **Peter Probst** war selbst als Soldat im Kosovo. Er wünschte sich, dass es bei dem Abend nicht darum geht, gegen politische Gegner auszuteilen.

Art der Abschiebung „unsensibel“

KRITIK Martin Neumeyer bezeichnet Geschehen von Pettendorf als dramatisch.

VON MICHAEL JAUMANN, MZ

LUCKENPAINT. „Was da in Pettendorf passiert ist, ist dramatisch“, sagte Integrationsbeauftragter Martin Neumeyer im Gespräch mit der MZ. Dort war am Dienstagmorgen eine fünfköpfige Familie aus dem Kosovo von der Polizei abgeholt und in die Heimat zurückgeschickt worden. Das Vorgehen war von Nachbarn als „menschenwürdiger Einsatz“ kritisiert worden.

„Wenn da Schulzeugnisse und Medikamente liegenbleiben, ist diese Art der Abschiebung – man kann auch das freundlichere Wort Rückführung verwenden – unsensibel. Das kann man nicht machen“, so Neumeyer. „Mir tun die Kinder leid“, sagte der

Landtagsabgeordnete und stellvertretende Landrat von Kelheim bei der Aschermittwochveranstaltung in Luckenpaint. Andererseits, „können wir diese als Integrationsbeauftragter immer wieder auf den Tisch bekommt.“

Die Abschiebung der Familie sei vom Landratsamt Regensburg für vollziehbar erklärt worden, so Neumeyer. 30 Personen seien in Bayern an diesem Tag rückgeführt worden. Die Anerkennungsquote der Kosovaren als Flüchtlinge gehe gegen Null. Den „Banditen“, die Menschen aus dem Kosovo mit falschen Versprechungen nach Deutschland locken würden, müsse das Handwerk gelegt werden, forderte Neumeyer. In Pristina müsse deutlich angesprochen werden, dass es Märchen seien, wenn dort behauptet würde, jeder der nach Deutschland ziehe, bekomme sofort eine Wohnung. Die Bevölkerung in Deutschland sage „Ja“ zu Flüchtlingen aber

„Nein“ zu Wirtschaftsflüchtlingen. Unter den Wirtschaftsflüchtlingen gebe es natürlich genauso tragische Einzelschicksale, weiß Neumeyer, der diese als Integrationsbeauftragter immer wieder auf den Tisch bekommt.

Ankündigen könne man eine Abschiebung vorher nicht, findet Neumeyer. Die Gefahr des Untertauchens der Betroffenen sei groß.

„Wenn man die Menschen persönlich kennt, ist es immer schwierig“, sagt Neumeyer, auf die Beziehung zu den ehrenamtlichen Helfern angesprochen. Dass man Menschen aus dem Kosovo, bei denen klar ist, dass sie bald wieder zurück müssen, nicht in dezentralen Unterkünften unterbringt, wie es Landrätin Tanja Schweiger fordert, will der Abgeordnete nicht unterstützen. „Wir müssen froh sein, dass wir die Menschen überhaupt unterbringen und können uns das nicht aussuchen.“